Die Linke Sachsen-Anhalt, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

An
die Mitglieder des Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt

Landesvorsitzende

Janina Böttger & Hendrik Lange
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7 32 48-41
Telefax: 0391 7 32 48-48
lgst@dielinke-lsa.de
www.dielinke-lsa.de

Deutsche Bank AG
DE09 8107 0024 0118 825901
DEUTDEDBMAG

Mitgliederbrief – Warum eine eigene Ministerpräsident:innen-kandidatur?

Liebe Genoss:innen,

wie ihr alle wisst, stellt das Ergebnis der Landtagswahl die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt, den Landtag und unsere Partei vor große Herausforderungen. Auch wenn die AfD die absolute Mehrheit verfehlt hat, hat sie dennoch ein erschreckend starkes Ergebnis eingefahren und eine Regierungsübernahme, bzw. Ministerpräsidenten-wahl-Wahl von Ulrich Siegmund ist nicht ausgeschlossen. Dieser Umstand und jede noch so kleine (Nicht-)Aussage des BSW beherrschen derzeit die Medien, genauso wie die internen Auseinandersetzungen der CDU, während Parteien wie SPD, Grüne und auch in Teilen wir, scheinbar sprach- und aktionslos erscheinen.

Die Wahl von Tobias Rausch zum Landtagspräsidenten, Tillschneiders zu dessen Vize und die Nichtwahl des Kandidaten der SPD zum Vizepräsidenten, aber auch gemeinsame Treffen und vertraute Abendessen von AfD und BSW haben gezeigt, wie eng deren Abstimmung und Zusammenarbeit ist. Völlig irrational erscheinen daher auch Versuche der CDU uns oder SPD und Grünen zu unterstellen, Stimmen aus dem progressiven Lager wären an Rausch oder Tillschneider gegangen.[1] Während das BSW mit der Aussage, sich bei der Ministerpräsident:innenwahl zu enthalten, im Gespräch bleibt. Es scheint eine Situation aus der es keinen Ausweg gibt.

Gleichzeitig erleben wir teilweise schon jetzt eine Schockstarre der (Zivil)Gesellschaft, als Auswuchs einer möglichen AfD-Regierung mit all ihren Folgen.

[1] https://www.merkur.de/politik/keine-cdu-stimmen-fuer-afd-in-sachsen-anhalt-mueller-wittert-aktion-gegen-seine-partei-reichinnek-zr-94534205.html

Diese Umstände haben in der Fraktion und bei uns Landesvorsitzenden zu Überlegungen geführt, in dieser Situation handlungsfähig zu bleiben. Einerseits, bei einem ersten Wahlgang, in dem sich Siegmund zur Wahl stellt, unsere Stimmen sichtbar zu machen, um die „False-Flag"-Anschuldigungen der CDU ins Leere laufen zu lassen, andererseits auch zu verdeutlichen, dass die AfD und die Wahl von Siegmund nicht alternativlos sind.

Wir wissen auch, dass der Vorschlag einer überparteilichen Ministerpräsidentenkandidatur, um eine AfD-Regierung zu verhindern, wirkt. Dieser Vorschlag ist allerdings irreführend und unrealistisch. Das BSW hat von Anfang an klar gemacht, dass ein solches Modell nur dann möglich ist, wenn die AfD bei den Verhandlungen mit am Tisch sitzt. Eine solche Bedingung halten wir für einen absoluten Ausschlussgrund. Auch wurde nach der Landtagspräsidentenwahl und dem vermutlichen Abstimmungsverhalten von BSW und CDU klar, dass es eine solche gemeinsame Lösung nicht geben wird. So hat es auch Juliane Kleemann, Landesvorsitzende der SPD, am 7. Oktober, am Tag nach der konstituierenden Sitzung, verkündet.[2]

Vor diesem Hintergrund und aus der Überzeugung, dass wir den Kampf um andere Mehrheiten nicht aufgeben wollen und dürfen, wurde über eine eigene Kandidatur im 1. Wahlgang diskutiert. Eine eigene Kandidatur wäre zugleich ein Angebot an alle demokratischen Fraktionen im Landtag. Es darf nicht als selbstverständlich hingenommen werden, dass ein AfD-Politiker Ministerpräsident wird. Wer das verhindern will, muss auch bereit sein, über politische Alternativen zu sprechen und Verantwortung zu übernehmen.

Diese Überlegungen sind an die Presse durchgestochen worden. Es ist wie immer bei der Weitergabe von vertraulichen Inhalten müßig darüber zu diskutieren, wer mit welchem Motiv durchgestochen hat, wichtig ist, dass man in der Situation handelt.

Am Montag tagte der Landesvorstand in einer außerordentlichen Sitzung, um über die Situation und die Kandidatur zu beraten. Der Vorstand hat nach intensiver Beratung, an der auch die Stadt- und Kreisvorsitzenden und einzelne Parteimitglieder teilgenommen haben, bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung den folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landesvorstand begrüßt die Bereitschaft der Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Eva von Angern, als Kandidatin in den ersten beiden Wahlgängen zur Ministerpräsident:in des Landes Sachsen-Anhalt anzutreten."

Am Dienstag hat auch die Landtagsfraktion einstimmig Eva von Angern für die Ministerpräsident:innenkandidatur vorgeschlagen.

[2] https://www.welt.de/regionales/sachsen-anhalt/article6ac67e3e48fc4583fc7690ce/spd-beendet-initiative-fuer-ueberparteiliche-regierung.html

Wir verbinden mit der Kandidatur folgende Punkte:

- wir setzen um, was wir im Wahlkampf versprochen haben, auch nach der Wahl ein Pol der Hoffnung zu sein
- wir stehen für Zusammenhalt statt Spaltung, für ein bezahlbares Leben in Sachsen-Anhalt und Soziale Gerechtigkeit
- wir entziehen uns nicht der Verantwortung, wie es beispielsweise die CDU tut, sondern machen unsere Stimmen sichtbar
- als klare antifaschistische Kraft kämpfen wir um andere Mehrheiten und darum einen AfD-Ministerpräsidenten zu verhindern

Weitere Beratungen mit den Parteistrukturen zum Fortgang der Ereignisse sind bereits in Abstimmung. Wir hoffen mit diesem Brief die Genese der Entscheidungen, die Ereignisse, die zu ihnen geführt haben und das Ziel verdeutlichen zu können.

Solidarische Grüße



Janina Böttger und Hendrik Lange
Landesvorsitzende Die Linke Sachsen-Anhalt